



Hänni-Fischer Bernadette

Windenergie im Kanton Freiburg nach dem Übertragen der Initiative an die Gemeinden

Mitunterzeichner: 0

Datum der Einreichung: 28.05.21

DEE/DAEC

Begehren

Der Kanton Freiburg gilt als eine der drei Regionen in der Schweiz (neben Bern und Waadt) mit dem grössten Windkraftpotential. Im Mai 2017 hat das Schweizer Stimmvolk die «Energiestrategie 2050» mit grosser Mehrheit angenommen, der Kanton Freiburg mit 63,17 %. Gemäss Groupe E sprechen sich sogar 72 % der Freiburger Bevölkerung für Windenergie aus.

Der allgemeine Energieverbrauch nimmt trotz stromsparender Einrichtungen stetig zu.

Nach Aussage von Jacques Mauron, Generaldirektor von Groupe E, liefere die Fotovoltaik über das Jahr gesehen 9 % des benötigten Stroms im Kanton. Doch während es im Sommer 18 Prozent seien, belaufe sich der Anteil im Dezember auf nur ein Prozent. Eine Windturbine hingegen produziere zwei Drittel der Leistung in kalten Monaten. Die Windkraft sei damit wie geschaffen dafür, den Ausgleich zu schaffen. Zudem sei die Windenergie sauber (FN, 28.04.2021).

Mit dem kantonalen Richtplan sind vom Bund bereits vier Standorte - *Colline de la Sonnaz, Côtes du Glaney, Massif du Gibloux* und *Monts de Vuisternens* – genehmigt worden, das heisst sie erfüllen die gesamten Planungskriterien des Bundes (vgl. auch Antwort des Staatsrates vom 16. März 2021 auf eine parlamentarische Anfrage, wo von drei weiteren möglichen Standorten die Rede ist). Dabei geht es bekanntlich insbesondere um Lärmschutz, Landschaftsschutz, Schutz der Vogelwelt und der Fledermäuse.

Nachdem sich Groupe E Greenwatt seit mehreren Jahren für Windenergieprojekte im Kanton Freiburg engagiert und die Gemeinden dazu mehr oder weniger erfolglos proaktiv angesprochen hat, wollte sie die Gemeinden miteinbeziehen, damit sie in die Besprechungen um die Installation von Windmessmasten, Umweltverträglichkeitsstudien, Informationskampagnen und auch den Bau der Windparks eingebunden werden.

Und nun hat das Unternehmen angekündigt, den Gemeinden die Initiative zu überlassen, die Entwicklung von Windkraftanlagen auf ihrem Territorium in Koordination mit den kantonalen Behörden und gemäss dem kantonalen Richtplan selbst zu planen.

In demokratischer Hinsicht ist das grundsätzlich ein korrekter Entscheid. Es fragt sich jedoch, ob Groupe E Greenwatt diesen Schritt vor dem Hintergrund des Untätigseins der Gemeinden mit ständig wechselnden Behördenmitgliedern und dem sich klar bemerkbar machenden Widerstand aus gewissen Teilen der Bevölkerung getan hat. Dieser Entscheid birgt die Gefahr, dass es in naher Zukunft bezüglich Windenergie im Kanton Freiburg nicht vorwärts geht.

Mit Blick auf die Energiestrategie, die der Kanton mit grosser Mehrheit angenommen hat, scheint mir, dass sich diese Entwicklung - wenn überhaupt - in eine schwer nachvollziehbare Richtung bewegt.

Zudem lässt Staatsrat Olivier Curty verlauten, dass mit zwanzig Jahren zu rechnen sei, bevor im Kanton Freiburg überhaupt die erste Windenergie produziert werden könne.

Dazu kommt noch der kürzlich erfolgte Abbruch des Rahmenabkommens der Schweiz mit der EU, der für die Schweiz Versorgungsengpässe und instabile Netze bedeuten kann, die höchstens mit zusätzlichen finanziellen Mitteln zu beheben sind.

Widerstand gegen Windkraftanlagen ist nachvollziehbar. Das Bundesgericht erinnert jedoch in einem kürzlich ergangenen Entscheid (18. März 2021) daran, dass seit der Verabschiedung von Art. 12 Abs. 2 und 3 des Energiegesetzes die Verschiebung des öffentlichen Interesses zugunsten der Produktion erneuerbarer Energien weiter verstärkt worden sei, das heisst, dass es eine klare Akzentverschiebung des nationalen Interesses zugunsten der erneuerbaren Energien gibt. Diese müsse in Zukunft bessere Realisierungschancen erhalten, selbst in ortsbildgeschützten Landschaften.

Meine Fragen an den Staatsrat lauten daher wie folgt:

1. Welches sind die lang- und kurzfristigen Ziele des Staatsrates in Bezug auf die Windenergie?
 2. Ist er auch der Meinung, dass die Produktion von Windenergie einem überwiegenden kantonalen Interesse entspricht?
 3. Erachtet der Staatsrat die Gefahr ebenfalls als real, dass es nach dem Entscheid von Groupe E Greenwatt, die Initiative den Gemeinden zu überlassen, bezüglich Windenergie im Kanton Freiburg nicht mehr vorwärts geht?
 4. Mit welchen Mitteln oder mit welchen Argumenten will er oder kann er versuchen, die Gemeinden und deren Bevölkerung dazu zu bringen, sich positiv zu Windenergieanlagen zu stellen und mehr Gesamtverantwortung zu übernehmen?
 5. Wie wird der Kanton Freiburg vorgehen, um dem Willen der 72 % seiner Bevölkerung, die sich für Windenergie ausspricht, gegenüber der neu aufkommenden finanzstarken Lobby, die sich gegen die Windkraftanlagen stellt, das erforderliche Gewicht zu geben?
-